

# Antrag Nr. 06-F-03-0016

## Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

---

### Betreff:

Wiesbadener Linie der Toleranz beibehalten - Integration fördern  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.06.2006 -

### Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung sieht im beschlossenen Integrationskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden auch in den nächsten Jahren die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben aller Wiesbadener Bürger und Bürgerinnen mit und ohne deutschen Pass.

Die Stadtverordnetenversammlung sieht in der Integrationspolitik alle Dezernate und Ämter der Stadtverwaltung im Sinne einer Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe betroffen. Der Ansatz des Integrationsdezernates, dies verstärkt zu steuern und zu koordinieren und durch z. B. interkulturelle Schulungen zu fördern, wird unterstützt.

Die Förderung von Toleranz und Integration sieht die Stadtverordnetenversammlung als eines der wichtigsten Handlungsfelder der Kommunalpolitik an. Dabei setzt die Stadtverordnetenversammlung auch weiterhin auf die produktive Zusammenarbeit der Stadt mit Freien Trägern, wie z.B. Caritas oder Arbeiterwohlfahrt. Andere Initiativen, wie z.B. der Flüchtlingsrat, haben eine wichtige Funktion als niedrigschwellige Anlaufstelle für Flüchtlinge und Asylbewerber.

Die Stadtverordnetenversammlung sieht in den Vereinbarungen der Koalitionspartner zur Integrationspolitik eine gute Grundlage für eine "moderne und realistische Integrationspolitik" die sich besonders in folgenden Punkten zeigt:

- Die vom Ausländerbeirat in Kooperation mit dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration jährlich durchgeführte Interkulturelle Woche mit dem Sommerfest als wichtiger und sichtbarer Baustein der Integrationspolitik soll ab 2006 noch »breiter«, d.h. mit mehr Kooperationspartnern angelegt werden.
- Der Integrationspreis für besondere Leistungen im Sinne eines bürgerschaftlichen Engagements für den Prozess der Integration soll ab 2006 jährlich verliehen werden.
- Die Integrationsarbeit in den Sportvereinen wird in Zukunft auch finanziell erstmalig direkt gefördert und Sportvereine, die kontinuierliche Integrationsarbeit in den Kinder- und Jugendabteilungen leisten, durch Zuschüsse in ihrer Arbeit unterstützt.
- Die Integrationsvereinbarung mit den Religionsgemeinschaften in Wiesbaden, um den wechselseitigen Integrationsprozess zu verfestigen und die notwendigen Veränderungs- bzw. Öffnungsprozesse in den verschiedenen Kulturkreisen zu unterstützen, wird zum Abschluss gebracht
- Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Bestreben von Einrichtungen, besondere Programme zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund anzubieten und weist darauf hin, dass die mit dem Haushalt 2006 und 2007 bewilligten - zusätzlichen - Mittel für die Sprachförderung und Sprachkurse zum Erhalt und Ausbau von Angeboten wie "Mama lernt Deutsch" dazu ein wichtiger Baustein sind.
- Der Magistrat wird aufgefordert bei allen Eltern, speziell in Familien mit Migrationshintergrund, mit Info-Material (bspw. Auslage von Info-Material bei Kinderärzten usw.) und persönlichen Anschreiben zu werben und darauf hinwirken, dass ein Kindergartenbesuch ab dem 3. Lebensjahr zur Regel wird.
- Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt Bestrebungen, dass eine islamische religiöse Unterweisung für muslimische Schüler an deutschen Schulen und in deutscher Sprache, in

## **Antrag Nr. 06-F-03-0016**

### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

---

Abstimmung mit dem Kultusministerium und unter Aufsicht der Schulämter und von in Deutschland ausgebildeten sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennende islamischen Religionslehrern und -lehrerinnen durchgeführt wird.

- In stationären Pflegeeinrichtungen und im ambulanten Pflegedienst soll darauf hingewirkt werden, dass eine herkunftssprachliche und kultursensible Betreuung für ältere Migranten gewährleistet wird, da diese häufig nur geringe Deutschkenntnisse besitzen.
- Der Ausbau des psychosozialen und psychotherapeutischen Beratungsangebotes im Gesundheitsbereich vor allem für Frauen mit Migrationshintergrund ist dringend notwendig. Deshalb begrüßt die Stadtverordnetenversammlung die Bereitstellung von Finanzmittel im Gesundheitsdezernat für niedrigschwellige und herkunftssprachliche Beratungen für Frauen mit und ohne Migrationshintergrund..
- Um Probleme von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus zu bewältigen, wird ein Arbeitsgremium aus Vertreterinnen und Vertretern von Behörden und Institutionen der Wohlfahrtsverbände eingerichtet. Es soll Vorschläge für pragmatische Lösungen erarbeiten, die diesen Menschen den Zugang zu einer medizinischen Grundbeziehungsweise Notfallversorgung gewährt und Wege aufzeigen, wie ihre Kinder Kindergärten und Schulen besuchen können. Die Arbeit dieses Gremiums soll vom Dezernat für Integration koordiniert werden.
- Eine "kommunale Härtefallkommission" wird eingerichtet. Sie soll eine Hilfestellungsfunktion in Härtefall-Verfahren beim Landtags-Petitionsausschuss einnehmen und Gutachten ergänzend zur Stellungnahme der Ausländerbehörde vornehmen. Dabei soll insbesondere der Stand der bisherigen Integration - anhand objektiver Messgrößen – bewertet werden.
- Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Initiative des Landes Hessen im November dieses Jahres auf der Innenministerkonferenz eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und gut integrierte Flüchtlinge, deren Kinder oft hier geboren und / oder aufgewachsen sind, zu verabschieden.
- Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, in der Sommerpause mit dem hessischen Innenminister Volker Bouffier ein Gespräch führen, um eine Lösung für die in der Interimszeit bis zur Verabschiedung einer Bleiberechtsregelung eintretenden Fälle zu finden, da auch in Wiesbaden Menschen leben, die schon seit fünf Jahren oder länger hier sind und trotzdem lediglich eine Duldung besitzen.

### **Begründung:**

Wiesbaden, 28.06.2006

Gez.: Stefan Burghardt  
Fraktionsvorsitzender

f.d.R.: Carola Pahl  
Fraktionsgeschäftsstelle